

RAUCHMELDER

INFORMATIONEN DES DZV DEUTSCHER ZIGARETTENVERBAND

DZV
DEUTSCHER ZIGARETTENVERBAND



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir haben es fast befürchtet, an der Verbotsfront bleibt es grotesk, das Verbotsvirus greift weiter um sich. Nachdem die Drogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) ihr Amt als Verbotbeauftragte fehlinterpretiert, hat es nun auch die WHO, foodwatch und Peta erwischt. Eine Organisation fordert Warnhinweise auf Wurstpackungen und stuft Fleisch als krebserregend ein. Die nächste warnt vor Zucker, die dritte fordert Strafsteuern und Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Produkte.

Unsere Zukunft scheint demnach düster zu werden: Crème brûlée ohne Zucker, Sommer ohne Eis und Fettverzehrzone an Bahnhöfen. Nichtraucherchutz, Nichtwurstesserschutz, Zuckerstopp - wer schützt uns eigentlich vor freud- und genusslosen Wesen? Die Schlinge für Genießer zieht sich immer weiter zu. In diesem Sinne, genießen Sie die Weihnachtszeit mit Gebäck, Glühwein und Gans, solange Sie noch dürfen!

Jan Mücke

Jan Mücke
Geschäftsführer des DZV

Landwirtschaftsministerium ignoriert „Warnhinweise“ Drohender Produktionsstillstand wegen fehlender Rechtssicherheit



Muss die Produktion bald stillstehen? Hier eine Anlage von British American Tobacco.

In anderen Branchen wäre das Szenario undenkbar: Seit Mai 2014 läuft die 24-monatige Frist zur Umsetzung der EU-Tabakproduktrichtlinie in nationales Recht. Die Hersteller sind verpflichtet, ihre Produktion ebenfalls bis Mai 2016 an die geänderten nationalen Rechtsvorgaben anzupassen. Obwohl diese Frist in einem halben Jahr ausläuft, wird erst jetzt, am 16. Dezember, ein abgestimmter Regierungsentwurf verabschiedet. Trotz Vorlage eines technischen Gutachtens der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig zu Umstellungsaufwand und -dauer auf

Seiten der Industrie, zahlreichen Gesprächen auf Regierungsebene in den vergangenen 18 Monaten und einem enormen Ländereingagement fehlt bis heute Planungs- und Rechtssicherheit für alle Unternehmen. Die nötige Produktionsumstellung ist in den verbleibenden sechs Monaten nicht mehr zu bewältigen.

Mit großer Spannung wurde seit Monaten die Veröffentlichung der Regelungsvorschläge des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zur Umsetzung der EU-Richtlinie erwartet. Doch die Enttäuschung

war groß, als am 11. November die Entwürfe übermittelt wurden: diese enthielten erhebliche nationale Verschärfungen für die gesamte Branche und keine angemessenen Fristen für die Produktionsumstellung. Der Deutsche Zigarettenverband (DZV) kritisiert die Entwürfe auf das Schärfste und fordert weiterhin eine Regulierung mit Augenmaß. „Ziele müssen eine realitätsnahe Umstellungsfrist für die Industrie und die zügige 1:1-Umsetzung der Richtlinie sein, um nationale Alleingänge zu Lasten der Wirtschaft, der Verbraucher und des Bundeshaushaltes zu verhindern“, >



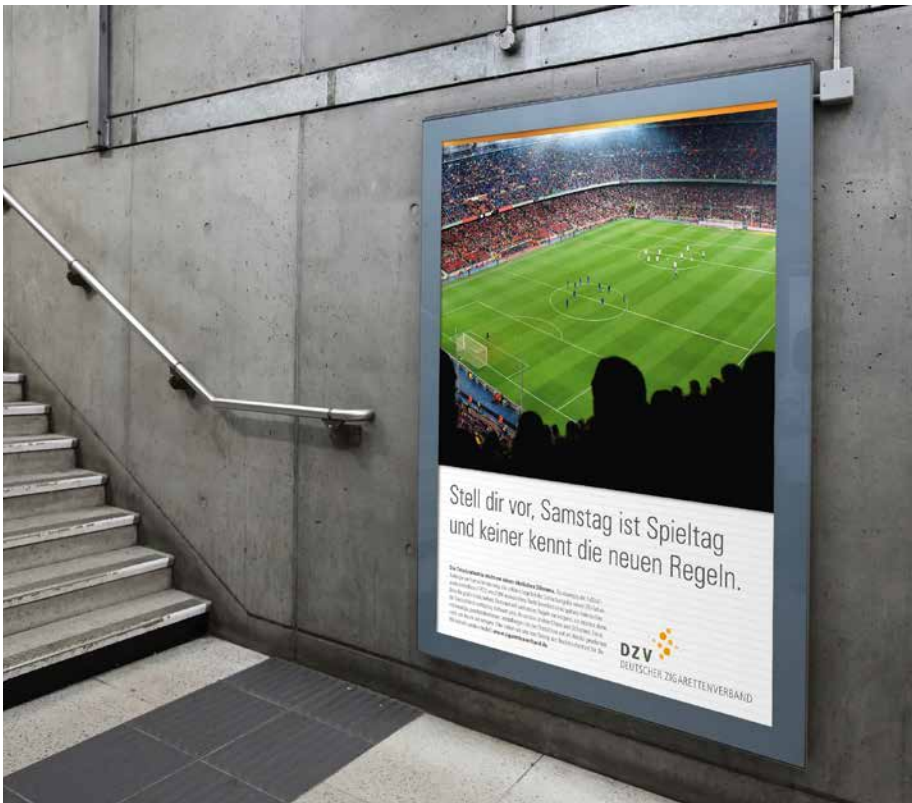
Engagement

SPD-Politiker kämpfen für Arbeitsplätze



Interview

Christopher Snowdon zur Prohibition



Bislang war bei der Anbringung der Warnhinweise erlaubt, die abgerundeten oder abgeschrägten Kanten dieser Packungen zu bedrucken. Das möchte die EU-Kommission künftig untersagen. Dies liefe jedoch zwangsläufig auf ein de facto Verbot dieser Verpackungsvarianten hinaus. Da die EU-Richtlinie eine Mindestbreite für die neuen Bildwarnhinweise vorsieht, ist deren Abdruck auch auf den Kanten erforderlich. Für eine Verbreiterung der Packung müssten neue Verpackungsmaschinen angeschafft werden, die pro Produktionslinie rund 2,5 Mio. Euro kosten. Insbesondere für mittelständische Hersteller sind diese Investitionen nicht darstellbar. Stattdessen müsste die Produktion dieser Packungsvarianten eingestellt werden.

Ein derartiges Verbot hätte keine rechtliche Grundlage. Zudem wäre weder ein verbraucher- noch gesundheitspolitischer Nutzen zu erwarten. Empfindlich getroffen würden jedoch die deutschen Produktionsstandorte für Fabrikzigaretten. Trotz vergleichsweise hoher Personalkosten für die dort beschäftigten Arbeitnehmer können sich die Werke im internationalen Wettbewerb behaupten, da hier auch besondere Verpackungsformate in hoher Qualität und mit großer Zuverlässigkeit hergestellt werden.

Der DZV erwartet daher von der Bundesregierung, dass sie die EU-Kommission im Sinne einer echten Standortpolitik in die Schranken weist. Die Gefährdung deutscher Industriearbeitsplätze darf kein Selbstzweck Brüsseler Regulierungsmaßnahmen sein. //



> so DZV-Geschäftsführer Jan Mücke. Obwohl das Ministerium die Fristenproblematik mehrfach anerkannt habe, blieb eine Anpassung aus. Die Verlängerung der Fristen zur Produktionsumstellung bleibt daher existentielle Kernforderung der Tabakbranche an die Regierung. Andernfalls droht die Produktion ab Mai 2016 stillzustehen.

der EU-Richtlinie sind, wurden die entsprechenden Artikel aus dem Umsetzungsgesetz herausgenommen, das Vorhaben jedoch keinesfalls aufgegeben. Die Abweichung von einer 1:1-Umsetzung wird offenbar dadurch kaschiert, dass genau diese Werbeverbote nun in dem Entwurf eines zeitgleich vorgelegten Ersten Änderungsgesetzes enthalten sind.

Die Entwürfe gehen weit über eine 1:1-Umsetzung hinaus und stellen aus Sicht der deutschen Tabakwirtschaft eine unverhältnismäßige und unnötige Belastung für Industrie und Handel dar. So wurde die in der EU-Richtlinie vorgesehene Übergangsfrist bis 2020 für das Menthol-Verbot nur unzureichend übernommen. Ein großer Teil dieses Produktsegments wäre somit bereits im nächsten Jahr verboten. Auch mit dem angestrebten willkürlichen Verbot bestimmter Zusatzstoffe steuert das BMEL dem Ziel einer europäisch einheitlichen Produktregulierung entgegen. Den Verboten zugrundeliegende Bewertungsprozesse und wissenschaftliche Kriterien sind für die betroffene Industrie nicht erkennbar.

Am 27. November fand die Verbändeanhörung statt. Der DZV sieht nun mit Spannung dem Abschluss der Ressortabstimmung entgegen. Es wird von der Bundesregierung erwartet, dass der Kabinettsentwurf realitätsnahe Umstellungsfristen für Hersteller und eine 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinien vorsieht.

Das Runde soll ins Eckige – EU-Kommission forciert einheitliche Verpackungen

Während sich die deutschen Zigarettenhersteller – angesichts fehlender Rechtssicherheit – im Rahmen des Möglichen auf die geänderten Vorgaben der EU-Richtlinie vorbereiten, droht seitens der EU-Kommission bereits neues Ungemach. Es geht um Zigarettenpackungen mit abgeschrägten oder abgerundeten Kanten, die europaweit rund 15 Prozent des Marktes ausmachen.

Im Hinblick auf die vom BMEL angestrebten Verbote der Außenwerbung und der kostenlosen Abgabe zu Werbezwecken bedient sich das Ministerium eines Taschenspielertricks. Da derartige Werbeverbote nicht Gegenstand

Länderengagement zur 1:1-Umsetzung – SPD-Politiker in Sorge um Standorte und Arbeitsplätze

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hatte im Juni einen unabgestimmten Entwurf für das neue Tabakerzeugnisgesetz vorgelegt. Die bereits erwähnten vorgesehenen Verschärfungen gegenüber der EU-Richtlinie sind auf breite Ablehnung bei Gewerkschaften, dem Mittelstand und der Industrie gestoßen, da das Prinzip der strikten 1:1-Umsetzung von EU-Richtli-

nien zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verletzt würde. Die Beschäftigten in den Werken, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die für den Wirtschaftszweig zuständige Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) setzen auch auf das Engagement der Bundesländer im Bundesrat für den Erhalt von Produktionsstandorten. Nach dem Vor-Ort-Termin von

DGB-Chef Reiner Hoffmann im Sommer bei der Firma Landewyck in Trier besuchten kürzlich drei SPD-Politiker Werke von Mitgliedsunternehmen des DZV. Im Mittelpunkt aller Gespräche standen dabei jeweils die Sorgen der Beschäftigten um den Erhalt ihrer Produktionsstandorte, die Notwendigkeit einer inhaltsgleichen Umsetzung der Richtlinie und die Fristenproblematik. //

Rheinland-Pfalz: Ministerpräsidentin Dreyer bei JTI in Trier



Malu Dreyer, Heike Maria Lau, Gerd Willems, Jürgen Rademacher und Peter Dunkel (v. l.)

Den Auftakt machte Malu Dreyer (SPD), Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Sie besuchte Ende September das Werk von JTI (Japan Tobacco International) in Trier. In der ältesten Stadt Deutschlands traf sie sich mit Beschäftigten, dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Gerd Willems und der Leiterin für Politik und Kommunikation, Heike-Maria Lau, mit dem DGB-Regionsvorsitzenden Christian Schmitz sowie mit JTI-Geschäftsführer Jürgen Rademacher und Peter Dunkel von der NGG.

Trier ist traditionell ein starker Standort der deutschen Tabakwirtschaft. Mit fast 2.000 Arbeitsplätzen bei JTI und dem mittelständischen Unternehmen Landewyck prägt der Wirtschaftszweig die Region und sorgt für verlässliche Steuereinnahmen. //

Thüringen: Wirtschaftsminister Tiefensee im Tabak- Haus Dingelstädt



Wolfgang Tiefensee im Gespräch mit Geschäftsführer Marc von Eicken und dem Techn. Leiter Timo Böttger (v. r.)

Thüringens Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) besuchte am 12. Oktober die Fabrik der Joh. Wilh. von Eicken GmbH in Dingelstädt, einen Standort mit jahrzehntelanger Tradition. Das ansässige Tabak-Haus war bereits vor der Übernahme durch die Von Eicken Gruppe einer der großen Zigarrenherstellungsbetriebe in den neuen Bundesländern. Als einer der wenigen unabhängigen, mittelständischen Tabakproduzenten in Deutschland beschäftigt das Unternehmen heute rund 480 Mitarbeiter, 139 davon in Thüringen. Produziert werden in Dingelstädt hochwertigste Zigarren-Sortimente, Pfeifentabake, Feinschnitttabake zum Selbstdrehen und Stopfen von Zigaretten sowie Zigaretten. Auf den internationalen Märkten zählt Von Eicken zur Spitze der unabhängigen Zigaretten-Exporteure. //

Niedersachsen: Ministerpräsident Weil im Reemtsma- Werk Langenhagen



Stephan Weil im Gespräch mit Pressevertretern vor dem Werk

Ende Oktober besichtigte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) das Werk von Reemtsma in Langenhagen. In diesen starken Traditionsstandort wurde zuletzt wiederholt investiert. Das Werk hat einen hohen Exportanteil: Mehr als 60% der über 1.600 vor Ort hergestellten Artikel sind für den Export bestimmt.

Reemtsma ist in der niedersächsischen Region mit rund 800 Arbeitsplätzen ein wichtiger Arbeitgeber. Auch in Langenhagen stehen die fehlenden Umstellungsfristen für Verpackungen massiv in der Kritik, ebenso das vorzeitige Mentholverbot, das willkürliche Verbot notwendiger Zusatzstoffe und das geplante Totalverbot für Tabakerzeugnisse. //

INTERVIEW:



„Jedes Verbot von legalen Produkten beschränkt die persönliche Freiheit“

Die Geschichte der Prohibition zeigt eine beständige Serie von Versagen, egal ob bei Alkohol, Drogen oder Tabak. Wir sprechen mit **Christopher Snowdon**, Autor und Direktor für Lifestyle Economics am Institut for Economic Affairs in London, über Überregulierung und die damit verbundenen Konsequenzen.

Welches grundsätzliche Bedenken haben Sie mit Verboten?

Es ist bewiesen, dass sich Totalverbote negativ auf die Gesundheit der Menschen auswirken und zu mehr Kriminalität führen. Man muss aber gar nicht darauf warten, bis etwas vollständig verboten wird, um die negativen Effekte zu erkennen, denn in gleichem Maße wie Prohibition nicht vollständig verbieten kann, führt Überregulation zu Deregulierung.

Wie kann es sein, dass politisches Handeln zu Deregulierung führt?

Wenn etwas verboten wird, für das es einem Markt oder mindestens Bedarf gibt, dann wird sich ein Schwarzmarkt entwickeln. Das

gilt natürlich auch für Zigaretten und andere Tabakprodukte.

Warum reicht es den Menschen inzwischen beim Thema Tabakregulierung?

Das ist nicht nur bei Tabak so. Es gilt für alle Arten von Regulierung. Wirtschaftsfachleute beschreiben den Verlust des Kundenmehrerts. Die Menschen verlieren die gewohnten Vorteile oder Befriedigungen durch den Konsum eines Produktes. Die Lösung ist immer ein Abwägen von Risiko und Genuss. Im Fall von Tabak heißt das, dass, wenn der Preis steigt, einige Menschen vielleicht mit dem Rauchen aufhören und andere weniger Zigaretten rauchen. Das könnte einen Einfluss auf ihre Gesundheit haben, aber in jedem Fall verlieren sie den individuellen Vorteil, den sie im Rauchen sehen. Die meisten Menschen werden zudem keines von beidem tun.

Aber jeder Erwachsene hat doch die freie Wahl ...

Das stimmt, aber die Folgen sind weitreichend. Zum Beispiel mussten in Großbritannien in den

letzten zehn Jahren ca. 20% der Pubs schließen – eine eindeutige Folge höherer Steuern auf Alkohol und von Rauchverboten. Die Gesellschaft verliert nach und nach ihre Jahrhunderte alte Pub-Kultur. Zweifellos sprechen wir hier über soziale Konsequenzen.

Ein Abwägen von Pub-Kultur und höheren Steuern. Was ist mit der Gesundheit?

Konsequenzen für die Gesundheit sind ein wichtiger Punkt. Regierungen sollte aber klar sein, dass Totalverbote fatale Konsequenzen haben, wenn sich herausstellt, dass die Begründung falsch war. Viele Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass die Argumentation für Verbote nicht korrekt war. Es ist daher besser, den Menschen eine eigene Meinung zu gestatten, die sich an neuen Erkenntnissen orientiert, anstatt etwas für alle Zeit zu verbannen.

Welche Hard facts sprechen sonst noch gegen Verbote?

Der Schwarzmarkt! Es ist kein Zufall, dass Großbritannien und Irland in Westeuropa den größten Schwarzmarkt für Zigaretten haben. Hier sind die Steuern am höchsten. Und die Beschaffungskette ist natürlich vollständig in der Hand Krimineller, in Irland in denen der IRA. Sie kontrolliert die Grenze zu Nordirland. Es besteht zudem kein Zweifel daran, dass illegale Zigaretten alle möglichen Chemikalien und Schwermetalle enthalten, die niemals in legalen Produkten vorkommen.

Vielen Dank für das Gespräch!!

Über den DZV

Der Deutsche Zigarettenverband (DZV) vertritt die Zigarettenindustrie in Deutschland und ist zentraler Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft in allen Fragen rund um die Themen Rauchen und Zigaretten. Der DZV ist Interessenvertreter der rund 20 Millionen Konsumenten von Tabakprodukten in Deutschland.

Impressum

DZV Deutscher Zigarettenverband e.V.
 Unter den Linden 42
 10117 Berlin
www.zigarettenverband.de
 V.i.S.d.P.: Jan Mücke
Bildnachweis:
 iStock.com/RyanKing999, iStock.com/eans,
 BAT, JTI, Reemtsma, von Eicken, ergo
 facebook.com/zigarettenverband
 twitter.com/dzv_zigarette

ZAHL DES MONATS



... Zigaretten müssen ab 2016 mindestens in einer Kleinverkaufsverpackung enthalten sein. Die 19er-Packungen dürfen nicht mehr hergestellt werden. Das beschloss der Bundestag am 5. November 2015.